

BürgerInnenbrief **Mitte**

22. März 2010



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

+++ Elbphilharmonie +++ SAGA GWG +++ Baumfällungen +++ Jüdische Geschichte +++ 50 Jahre Ostermarsch +++

Neues von Hamburgs teurem Wahrzeichen



Aus dem Richtfest im Mai 2010 wird wohl nichts werden...

Am 28. Mai 2010 wollte der schwarzgrüne Senat eigentlich das Richtfest für den »Jahrhundertbau« Elbphilharmonie, das neue Wahrzeichen Hamburgs, feiern. Eingeläutet werden sollte mit der Feier zugleich die Schlussphase eines Private-Public-Partnership-Projektes mit einzigartigem Konzertsaal, Luxushotel und Premium-Wohnungen. Allerdings wird aus dem Zeitplan und den Kosten wohl wiederum nichts.

Die Freude über das neue »Wahrzeichen« der Hansestadt war stets begrenzt. Angesichts der Betriebskosten und der damit zu erwartenden Eintrittspreise konnte in der tief sozial gespaltenen Stadt nicht wirklich Freude für dieses Haus aufkommen. In den letzten beiden Jahren macht das Prestige-projekt zudem negative Schlagzeilen, weil die Kosten unaufhörlich steigen. In der schon schwierigen Geburtsphase des

Projektes war 2005 von 77 Millionen Euro die Rede. Die Bürgerschaft beschloss dann im Februar 2007 mit den Stimmen von CDU, SPD und GAL einen öffentlichen Finanzrahmen in Höhe von 114 Millionen Euro. Dieser »Pauschalpreis« wurde nach den Bürgerschaftswahlen im Februar 2008 in langwierigen Verhandlungen auf 323 Millionen Euro hochgesetzt. Es gibt reichlich Belege dafür, dass die angewachsenen oder absehbar höheren Kosten aus wahlkampfaktischen Erwägungen monatelang, jedenfalls bis nach der Bürgerschaftswahl, verschwiegen wurden.

Nach dem neuen Terminplan (Dezember 2008), der aus ca. 2.500 Planungs- und 20.000 Bauausführungsterminen bestand, sollte der Große Saal einschließlich Orgel für das Einspielen zum 31.10.2011 übergeben werden. Die Fertigstellung und Übergabe des Gesamtgebäudes war zum 30.11.2011 festgesetzt. Der neue Terminplan beinhaltete damit – berechnet auf den Endtermin – eine Bauzeitverlängerung von 19 Monaten gegenüber dem ursprünglichen Leistungsvertrag.

Der Senat musste inzwischen »erhebliche Fehleinschätzungen« in der Anfangsphase der Planung eingestehen. Die Kulturbehörde begründet diese damit, dass es bei dem Konzerthaus keine Referenzprojekte gebe, auf deren Erfahrungswerte man aufbauen könne. »Nicht zuletzt haben diese fehlenden Vergleichsgrößen sowohl bei der Stadt als auch bei allen anderen Beteiligten zu erheblichen Fehleinschätzungen in Bezug auf Kosten und Abläufe geführt.«

Die Elbphilharmonie soll nicht nur ein neues Wahrzeichen für Hamburg, sondern auch ein »Haus für alle« werden. Sie soll einen der zehn besten Konzertsäle der Welt bereitstellen, entscheidend für den Erfolg wird die Klangqualität im Großen Konzertsaal sein. Um eine herausragende Akustik zu gewährleisten, arbeiteten von Beginn an die Architekten Herzog & de Meuron intensiv mit dem Akustiker Yasuhisa Toyota und seinen Mitarbeitern von Nagata Acoustics Inc. zusammen. Wegen der Qualitätsanforderungen verzögerte sich der Bauplan für den Konzertteil gewaltig.

Außerdem war es den privaten Investoren im Vergabeverfahren gestattet worden, den privaten Mantel abweichend von den Planungen des Generalplaners auszugestalten, um den Bedürfnissen der jeweiligen Pächter Rechnung tragen zu können. Diese Investorenplanung musste nach der Zuschlagsentscheidung in die Genehmigungsplanung der Architekten integriert werden, um so einen einheitlichen Bauantrag vorlegen zu können. Daneben haben sich im Planungsprozess auch im öffentlichen Bereich Änderungen ergeben, die eingearbeitet werden mussten.

Diese Abstimmung der komplexen Planungsprozesse von Architekten und Akustikern mit den konkreten Ausführungsplanungen der Baufirma einerseits und den privaten Investoren andererseits machte den Bau zu einem finanziell und zeitlich schwer kalkulierbaren und steuerbaren Projekt. Resigniert wurde seitens der Stadt bei den Nachtragsverhandlungen Ende 2008 festgehalten, dass sich die Architekten (Generalplaner) mit den unverzichtbaren Planungen und Berechnungen des großen Konzertsaales um rund ein Jahr in Verzug befänden.

Der Generalunternehmer Hochtief betreibt seit Beginn der Bauarbeiten ein intensives Nachtragsmanagement und stellt in erheblichem Umfang formale Behinderungsanzeigen, was sich auf den Verlauf der Baumaßnahmen in zeitlicher und finanzieller Hinsicht negativ auswirken musste.

Die »Kostensicherheit und Terminalsicherheit für die Zukunft«, die der Senat mit dem neuen Preis im Dezember 2008 erreichen wollte, gab es auch im »Nachtrag 4« nicht. Im Gegenteil: Hochtief, die Nummer eins der deutschen Baukonzerne, beklagt inzwischen erneut, dass Architekten-Pläne verspätet geliefert würden und exklusive Änderungswünsche enthielten, mehr als tausend im letzten Jahr – teils »aus der Champions-League der Akustik« stammend.

Die Planungstätigkeiten der städtischen Seite unterteilen sich in die Umsetzung und Überführung der in der Nachtragsvereinbarung mit der Baufirma und den privaten Investoren vereinbarten Planungen in eine Ausführungsplanung und die noch ausstehenden Restplanungen. Die Planliefertermine der städtischen Seite seien »weitgehend« eingehalten worden – so der Senat Ende 2009. Weitgehend heißt allerdings auch, dass sich weitere Verzögerungen aufgebaut haben. Im Bereich der Tragwerksplanung ist es zu verzögerten Planlieferungen und anschließend verzögerten Freigaben durch den Prüflingenieur gekommen. Gleichmaßen sind die vereinbarten Budgets nur zum Teil ausgeschrieben worden.

In einem Schreiben von Anfang 2010 hat Hochtief wiederum »vielfältige Störungen« und »Bausolländerungen« beklagt, die zu Nachforderungen von 22,4 Millionen Euro führten. Zusätzlich werden 12 Millionen Euro extra für bisher nicht eingeplante »Budgetleistungen«, z.B. neueste Finessen bei Akustik und Licht verlangt.

Der Zeitplan für die Gesamtfertigstellung dürfte nicht eingehalten werden. Zuletzt war mit Hochtief Ende 2011 als Termin vereinbart worden, das Bauunternehmen hält dieses Datum inzwischen für »nicht realisierbar« und hat eine weitere »Verspätung von etwa einem Jahr« angekündigt. Nach Auskunft eines Firmeninsiders würde das rund zehn Millionen Euro mehr für den längeren Betrieb der Baustelle bedeuten. Dieser Betrag ist wohl eher eine heroische Annahme denn eine seriöse Kostenschätzung.

Wie üblich wiegelt der Senat ab – d.h. er betreibt Desinformation: Die anfallenden Kostensteigerungen und Budgetüberschreitungen führen nicht zu Mehrkosten des Projektes, da sie durch interne Umschichtungen finanziert werden bzw. aus den eingestellten Mitteln für Unvorhergesehenes in Höhe von 20 Mio. Euro gedeckt seien. Medien und Öffentlichkeit sind gespannt, wann denn nun endlich einmal Licht in die Dämmerung um die Elbphilharmonie kommt. Sollte es bei der Bauverzögerung bleiben, werden wir einen erneuten Nachschlag bei dem Konzerthaus sehen, der zwischen 40 und 100 Millionen Euro liegen dürfte. Dafür reicht der Fonds für Unvorhergesehenes nicht aus, die erneuten Mehrkosten des mehr als umstittenen »Hauses für alle« werden dann wohl »alle«, d.h. auch die BürgerInnen der Freien und Hansestadt tragen müssen, für die der Besuch der Konzerthäuser außerhalb der Reichweite ihres Einkommens liegt.

SAGA für MieterInnen?!



Aktiv für eine andere SAGA GWG - TeilnehmerInnen der RaSAG Mieten und Wohnen

Am 21. März veranstaltete die AG Mieten und Wohnen des Netzwerks »Recht auf Stadt« (RaS) eine Pressekonferenz unter dem Titel »Nicht mit uns - SAGA-MieterInnen wehren sich!«. MitstreiterInnen verschiedener Stadtteilinitiativen informierten die Presse eingangs über die Geschichte der SAGA GWG und deren Gebaren ihren MieterInnen gegenüber. Christiane Hollander (»Mieter helfen Mietern«) führte eine Reihe von Mieterauseinandersetzungen mit diesem öffentlichen Wohnungsunternehmen an und bilanzierte, dass die »SAGA in den letzten Jahren offenbar vergessen hat, wie man mit VertragspartnerInnen umzugehen hat«.

Im Anschluss nahmen sechs konkret betroffene MieterInnen aus St. Pauli, Altona und Wilhelmsburg Stellung und bekundeten ihre Unzufriedenheit bzw. Wut über ihren SAGA GWG-Vermieter. Wie ein roter Faden zog sich durch die Argumentation der MieterInnen, dass man deren »Taschenspielertricks« satt habe, würde die SAGA doch ihre Geschäftspolitik und die Verwendung von Gewinnen inzwischen nicht an ihrem Wohnungsbestand orientieren, sondern für dubiose Leuchtturmprojekte vergeuden. Fünf Jahre lang (noch bis 2011) ist die SAGA gehalten, alljährlich rund 100 Mio. Euro an die Stadt in ein »Sonderinvestitionsprogramm« abzuführen,

aus dem so fragwürdige Unternehmungen wie die Elbphilharmonie, die U4 und die Spielbudenplatzumgestaltung finanziert werden. Eine Mieterin verlangte kategorisch, dass die »SAGA wieder für die MieterInnen und nicht für die Reichen« da sein solle.

Tatsächlich ist die Entwicklung der SAGA GWG ein besonders düsteres Kapitel der Hamburger Wohnungspolitik. 1990 gab es 107.000 Sozialwohnungen im Eigentum der ehemals getrennten SAGA und GWG, 1995 waren es nur noch 78.500, bis Ende 2009 schrumpfte die Zahl auf 46.629 (von insgesamt 128.957 Wohnungen des 2007 endgültig vereinten Doppelunternehmens). Das Abschmelzen des Bestandes hat dramatische Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt, denn über Jahrzehnte galt die Viertelmillion Wohnungen der beiden öffentlichen Unternehmen auf Grund der geringeren Mieten als wichtiges Preiskorrektiv. Diese Politik ist in ihr Gegenteil verkehrt worden - schon unter der SPD-Regierung, erst recht aber seit dem Regierungsantritt der CDU 2001. Seitdem ist der Sozialwohnungsbau nahezu auf Null zurückgegangen; selbst im Jahre 2009 sind unter Schwarz-Grün lächerliche 122 Wohnungen fertig gestellt worden - und dies bei einem aktuellen Fehlbestand von rund 30.000 Mietwohnungen!

Vor diesem Hintergrund klingt die Ankündigung von Stadtentwicklungsbehörde und SAGA GWG, bis zum Ende des Jahres 2012 mit dem Bau von 1.230 Wohnungen zu beginnen, wie ein Hohn – zumal, wenn man die von der SAGA GWG verkauften Wohnungen dagegen hält.

Alleine von 2002 bis 2008 wurden 1.566 Mietwohnungen privatisiert, 2009 insgesamt sogar 251. Äußerungen von Betroffenen unterstreichen, dass entgegen Beteuerungen seitens der Geschäftsleitung Wohnungen nicht nur an eigene MieterInnen oder deren nächste Verwandte verkauft werden. Ganz im Gegenteil: In der Stiftstraße in St. Georg z.B. ziehen aus einem SAGA-Haus wie zufällig gleich ein halbes Dutzend MieterInnen aus, die Wohnungen werden saniert, die Mieten drastisch angehoben, und dann ziehen auch noch andere, verbliebene MieterInnen aus. Auf diese Weise ist das Haus innerhalb von ein, zwei Jahren zu einem Objekt mit lauter Eigentumswohnungen geworden.

Die SAGA GWG ist schon lange kein Instrument zur Beeinflussung des Wohnungsmarktes im Interesse der MieterInnen mehr, vor allem derer, die über weniger Geld verfügen. Deutlich wird dies an der mittlerweile offen erklärten Geschäftspolitik der Unternehmensleitung, die Mieten ihrer aus der Bindung gefallenen Wohnungen auf den mittleren Satz des Mietenspiegels anzuheben. Tatsächlich sind von 1997 bis 2007 die Netto-Kaltmieten laut Mietenspiegel um 17,1% angestiegen, bei der SAGA sind sie um 33% emporgeklettert, also

fast doppelt so schnell wie die Mieten auf dem »freien Wohnungsmarkt«. Das ist keine soziale Wohnungspolitik, das ist das pure Gegenteil davon. SAGA-MieterInnen müssen bluten für die Großmannssucht aus dem Ruder gelaufener Stadtentwicklungsstrategen des Senats.

Viele SAGA GWG-MieterInnen sind nicht länger gewillt, diesen Kurs unwidersprochen hinzunehmen. Am 25. März lädt die AG Mieten und Wohnen des RaS-Netzwerks um 19 Uhr in das »Centro Sociale« (Sternstraße 2) ein, um darüber zu streiten »Was für eine SAGA wollen wir?« Mehr als 10.000 Flugblätter haben engagierte MieterInnen in verschiedenen SAGA GWG-Siedlungen verteilt, um für diese Veranstaltung zu mobilisieren.

Am 8. April wird sich der Ausschuss Öffentliche Unternehmen der Hamburgischen Bürgerschaft mit dem Verhalten der SAGA GWG und des Senats beschäftigen. Klar ist, und dafür werde ich mich auch in der Bürgerschaft einsetzen: Wir brauchen eine andere Stadtentwicklungspolitik, die endlich Abschied davon nimmt, ein Leuchtturmprojekt nach dem nächsten anzugehen. Und wir brauchen eine andere SAGA GWG, die zurückfindet zu ihrem eigentlichen Auftrag: Im Interesse ihrer MieterInnen bezahlbare Mieten zu gewähren, den Wohnungsbestand, insbesondere die Zahl der Sozialwohnungen, wieder nachhaltig auszubauen und den Menschen Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Geschäftspolitik solcher für die BürgerInnen wichtiger Unternehmen einzuräumen.

»Jedes Jahr 1.000 Stadtbäume weniger«



WilhelmsburgerInnen am Hauptbahnhof gegen Kahlschlagpolitik

Diese traurige Angabe machte der »Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland« (BUND) ausgerechnet für die Stadt, die sich anschickt, im kommenden Jahr Klimahauptstadt werden zu wollen. Alle Welt weiß, dass Bäume entscheidend sind für die CO₂-Bilanz, und doch muss der Sprecher der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU), Björn Marzahn, in

einem Interview einräumen, dass »im Durchschnitt ein Drittel der gefälltten Bäume nicht wieder nachgepflanzt« wird (Hamburger Abendblatt vom 11.3.2010).

Detaillierte von der BSU vorgelegte Zahlen für die Bezirke belegen den anhaltenden Kahlschlag: Während der Fällsaison zwischen Januar 2008 und Frühjahr 2009 wurden in Altona

391 meist ältere Bäume gefällt und 254 junge nachgepflanzt, noch schlimmer in Eimsbüttel, wo 262 Bäume verschwanden und nur halb so viele neu kamen, getoppt von Nord, wo das Verhältnis 430 zu 168 war, ganz zu schweigen von Wandsbek: Dort sind 1.645 Bäume flach gelegt und gerade mal 228 neu gesetzt worden. Bergedorf konnte mit dem auch nicht gerade berauschenden Ergebnis von 815 zu 176 aufwarten, während in Harburg den 324 Kettensägen-Opfern immerhin 385 Neupflanzungen gegenüber standen. Und schließlich der Bezirk Hamburg-Mitte, wo die Bilanz mit 400 zu 423 ebenfalls positiv ausfiel – der Großteil wurde in der HafenCity neu gepflanzt. Man möchte im »Millionärsturm« zwar gerne aufs Wasser schauen, aber den Anblick von grünen Bäumen dann doch nicht vermissen.

Besonders drastisch fällt die Kahlschlagpolitik des Senats vor allem in Wilhelmsburg aus. Weil der »Sprung über die Elbe« nun einmal nach Leuchtturmprojekten verlangt, werden der Neubau der BSU-Zentrale, die Internationale Bauausstellung (IBA) und die internationale Gartenschau (igs) 2013 gnadenlos exekutiert. Die örtlichen Initiativen gehen momentan von bis zu 5.000 gefälltten Bäumen aus, davon eine noch unbekannte Anzahl, die ohne Genehmigung umgelegt wurden.

Man muss sich die Mondlandschaft in Teilen der Elbinsel einmal anschauen, um hautnah zu begreifen, was da gegenwärtig passiert. Einen Eindruck vermitteln die letzten Bilder eines vierminütigen Videos von »Feuerlöscher-TV«, deren Filmteam eine Demonstration von rund 100 engagierten Wilhelmsburgern durch die Hamburger Innenstadt begleitete, die am Wochenende 20./21.3. gegen die Planungen gleich von zwei neuen Elbinsel-Autobahnen und eben die Fällung von bis zu 5.000 Bäumen protestierten (näheres unter www.zukunftspan-statt-autobahn.de).

Der Widerstand gegen diese menschen- und naturunfreundliche Stadtentwicklung wächst. Begehungen, Flugblät-

ter und auch eine breite Presseresonanz legen davon Zeugnis ab, ebenso die Bildung der Klagegemeinschaft »Rechtsschutz Lebensqualität Wilhelmsburg« von mehr als 150 BürgerInnen, die sich gegen den Autobahnwahn zur Wehr setzen wollen. Und auch der BUND – Deutschlands größte Naturschutzorganisation – hat inzwischen Beschwerde gegen die Fällaktionen eingelegt.

Die Bezirksfraktion Mitte von DIE LINKE hat Strafanzeige gegen diverse ungenehmigte Baumfällungen gestellt, der Ortsverband Wilhelmsburg/Veddel in diesen Tagen Anzeige gegen ein weiteres pikantes Detail: Durch die Antwort auf eine Kleine Anfrage der Bezirksfraktion kam heraus, dass sage und schreibe 83 Personen im bezirklichen Garten- und Landschaftsbau als Ein-Euro-Kräfte eingesetzt sind. Damit wird ein erheblicher Teil der gärtnerischen Arbeiten (womöglich auch der Fällaktionen?) im Bezirk Mitte zu Billigstlöhnen realisiert. Es ist sehr die Frage, ob hier von »zusätzlichen Maßnahmen« gesprochen werden kann oder ob es sich nicht doch eher um Verhindern von tariflich entlohntem Personal handelt. Der Ortsverband wird seine Position auf einer Pressekonferenz am 25. März darlegen.

Die LINKE Bürgerschaftsfraktion hat zwei weitere Anfragen an den Senat gerichtet: eine Kleine bezüglich der Auflösung bzw. »Verlegung« von Parzellegebieten und der Baumfällungen östlich und westlich der Wilhelmsburger Reichsstraße und eine Große unter dem Titel »Der »Sprung über die Elbe« als Spielwiese für Senat und DesignerInnen auf Kosten der EinwohnerInnen und SteuerzahlerInnen?«. Die Antwort auf die Kleine Anfrage wird in dieser Woche eingehen, für die Beantwortung der Großen hat der Senat vier Wochen Zeit, sie bietet uns dann Gelegenheit, Wilhelmsburg erneut zum Thema einer Bürgerschaftsdebatte zu machen. Von besonderem Interesse dürfte dabei auch sein, wie es mit den Atom- und Gefahrgütertransporten, die offenbar quer durch die Wohngebiete der Elbinseln gehen, aussieht.



Mangelndes Geschichtsbewusstsein



Friedhof Ilandkoppel (Foto: René Senenko)

unterstelle ich dem Senat hinsichtlich des Zustandes und der Sicherung der alten Gräber des Jüdischen Friedhofes Ilandkoppel in Ohlsdorf. Der Jüdische Friedhof an der Ilandkoppel 68 ist einer der bedeutendsten Orte jüdischer Sepural- bzw. Begräbniskultur. Das elf Hektar große Areal wurde 1883 angelegt und hält die Erinnerung an bedeutende jüdische Persönlichkeiten aus der früheren Zeit wach, wurden doch im Gefolge der Schändung jüdischer Friedhöfe durch die Nazis eine Reihe von älteren Grabsteinen hierher versetzt. Auf dem Friedhof Ilandkoppel befindet sich das Grabmal des Vorkämpfers für die jüdische Emanzipation Gabriel Riesser (1806-1863) und das von Betty Heine (1771-1859), der Mutter von Heinrich Heine. Die ältesten Grabmale datieren aus dem Jahre 1713. Nach 1945 wurden auf dem Friedhof – als übrigens dem einzigen in Hamburg – auch wieder Hamburger Jüdinnen und Juden bestattet. Seit 1951 befindet sich auf dem Gelände das zentrale Mahnmal für die während der NS-Zeit ermordeten Hamburger Juden.

Die Erfassung der Gräber wurde einige Zeit aus einem kleinen Etat der Freien und Hansestadt gefördert. Ende 2009 stellte der Senat diese Förderung ein, ohne dass die wichtige kulturhistorische Tätigkeit abgeschlossen worden wäre. Auch der Zustand von wichtigen, bereits zerfallenen Dokumenten in der Verwaltung des Jüdischen Friedhofs ist ein trauriges Beispiel für den mangelhaften Umgang der Stadt mit diesem Teil der hamburgischen Geschichte. René Senenko von der

Willi-Bredel-Gesellschaft formuliert daher zu Recht: »Man sagt immer, dass wir von der jüngeren Geschichte eine Verantwortung haben, insbesondere gegenüber den Juden. Gerech wird man der Verantwortung immer nur dann – so scheint es oft –, solange Geld da ist. In der Verwaltung des jüdischen Friedhofs Ilandkoppel fehlt es. Hier zerbröseln dem Verwalter die alten Registerlisten zwischen den Fingern. Hier muss dringend was passieren.«

Ich habe das mangelnde Geschichtsbewusstsein der Stadt und des Senats in einer Kleinen Anfrage aufgegriffen und will mich dafür einsetzen, dass die Erfassung der Grabstellen vernünftig abgeschlossen wird. Und ich halte es für unerlässlich, dass die auf dem Friedhofsgelände verwahrten, teilweise sehr alten Dokumente entweder restauriert oder zumindest eingescannt werden, um die Erinnerung an die Verstorbenen wach zu halten.

Die Willi-Bredel Geschichtswerkstatt e.V. führt **Rundgänge über den Jüdischen Friedhof Ilandkoppel** durch, in diesem Jahr noch zwei Mal: am **30. Mai, 14:00 Uhr** (Treffpunkt: S-Bahn Ohlsdorf/Ausgang Friedhof, Teilnahmegebühr: 5 Euro) und am **19. September, 11:30 Uhr** (Treffpunkt: Pavillon der Willi-Bredel-Gesellschaft auf dem Festgelände zum »Tag des Friedhofs«/Friedhof Ohlsdorf, Teilnahme kostenfrei). Begleitet werden die zwei bis zweieinhalb Stunden dauernden Rundgänge von Semjonas Voronovas. Männliche Teilnehmer werden gebeten, eine Kopfbedeckung mitzubringen.

50 Jahre Ostermarsch gegen Rüstung & Krieg



Im April 1960, am damaligen Karfreitag, machten sich in Hamburg-Harburg rund 120 AktivistInnen zum ersten Ostermarsch der westdeutschen Geschichte auf. Damals ging es zum Truppenübungsplatz in Bergen-Hohne, um vor Ort gegen die dort stationierten Kurzstrecken-Atomraketen zu pro-



Hamburger Ostermarschierer 1960 und heute

testieren. Die Ostermarschierer sahen sich in der Tradition der Anti-Atomtod-Bewegung der 1950er Jahre, gemeinsam war diesen beiden Bewegungen der Kampf gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr und die Stationierung von atomaren Waffen auf deutschem Gebiet.

Am Ostermontag, den 5. April, findet auch in diesem Jahr wieder ein Ostermarsch statt – es ist der 50. Er wird wie in den Jahren zuvor organisiert vom Hamburger Forum, das als Bündnis maßgeblich auch die Friedensaktivitäten während Anfang der 1980er Jahre koordinierte, als die Friedensbewegung Hunderttausende gegen den NATO-Doppelbeschluss auf den Rathausmarkt mobilisieren konnte.

»Für eine Welt ohne Waffen! NATO raus aus Afghanistan!« lauten die diesjährigen Hauptparolen des Ostermarsches, der von Dutzenden Gruppen und vielen Einzelpersonlichkeiten unterstützt wird. Den vollständigen Aufruf findet man im Netz unter www.Hamburger-Forum.org. Gestartet wird um 12 Uhr vor der Friedenskirche, in der es bereits um 11.30 Uhr eine Friedensandacht gibt. Ziel ist gegen 14 Uhr der Großneumarkt, auf dem u.a. Peter Strutynski vom Bundesausschuss Friedensratschlag sprechen wird.

An die fünfzigjährige Geschichte des Ostermarsches wird auf einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem »Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung« am 30. März erinnert (Beginn 19.30 Uhr im Haus des CVJM, An der Alster 40, Eintritt zwei Euro). Unter dem Titel »50 Jahre Ostermarsch – eine Bewegung im Wandel« berichten Ostermarschierer »von damals«, unter ihnen Helga und Konrad Tempel, Günther Lübcke, Walter Wilken, Uve Merz und Horst Bethge, von ihren Erlebnissen und diskutieren über die Friedensbewegung (z.B. über die Ursachen für das zunächst langsame, dann immer schnellere Anwachsen und wie es zu dem abrupten Ende der Bewegung Ende der 1960er und der langen Pause der 1970er Jahre kam). Zur Einstimmung gibt es einen kurzen Film über die ersten Hamburger Ostermärsche und klassische Ostermarschlieder.

HAMBURGER OSTERMARSCH

Für eine Welt ohne
Atomwaffen!

NATO raus aus
Afghanistan!

Ostermontag, 5. April 2010

12 Uhr Auftakt: Friedenskirche (Otzenstraße) Altona

11.30 Uhr Friedensandacht in der Friedenskirche

14 Uhr: Friedensfest auf dem Großneumarkt

Redner: Dr. Peter Strutynski, Kassel, Bundesausschuss Friedensratschlag

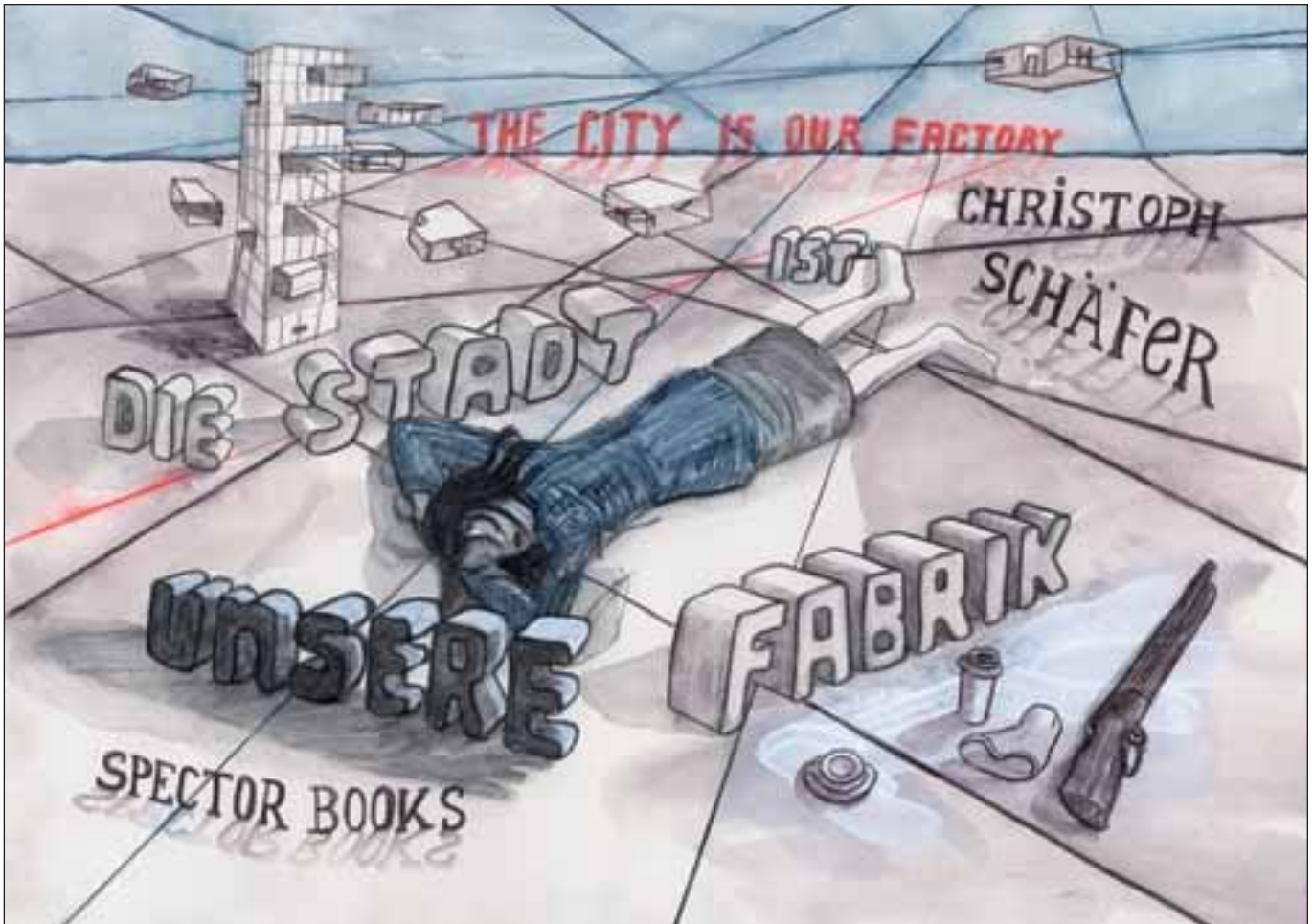
Livemusik: Philly Brandt u. Holger Burner (Rapper), Rotdorn (Politfolk)

Essen und Trinken • Infostände

V.S.d.F. Dr. Wolfgang Kirsten, Velohweg 124 b, 22455 Hamburg

+++ www.Hamburger-Forum.org +++ www.Hamburger-Forum.org +++

»Die Stadt ist unsere Fabrik«



Der Aktivist des Netzwerkes »Recht auf Stadt«, der Künstler Christoph Schäfer, maßgeblich beteiligt an der Schaffung des Park Fiction und engagiert in der Initiative NO BNQ (»Kein Bernhard-Nocht-Quartier!«) in St. Pauli, hat soeben ein Buch veröffentlicht, das unter dem Titel »Die Stadt ist unsere Fabrik. The City is Our Factory« bei Spector Books erschienen ist.

Das Buch enthält insgesamt 158 Zeichnungen auf 304 Seiten. In sechs Kapiteln wird in dem Bildessay »die rhizomatische Geschichte des Urbanen, vom Urschlamm bis zur »Recht auf Stadt«-Bewegung in Hamburg 2009« veranschaulicht. Christoph Schäfer verweist auf den französischen Philosophen Henri Lefebvre, der in den 1960 und 70er Jahren die theoretischen Grundlagen für eine selbständige Recht-auf-Stadt-Bewegung entwickelt hat.

Mit seinen Aquarellbildern liefert Schäfer den Hamburger Initiativen nun einen Band, der Spaß macht und zum Nachdenken anregt. Für den Hamburger Künstler wird die Stadt zum zentralen Produktionsort. »Zu was aber«, so Christoph Schäfer in der Ankündigung seines Buches, »könnte ein Produzent zwischen Latte Macchiato und Selbstorganisation in Zukunft führen? Welche Alternativen lassen sich zum neoliberalen Urbanisierungsmodell entwickeln, das fortgesetzt schwarze Löcher produziert: Finanzkrisen, verschüttete Stadtarchive, Marketing-Idiotismen? - Ein riesiger, singender Pitbull gibt in »Die Stadt ist unsere Fabrik« die Antwort. Señoras y Señores! - die Städte der Multitude werden Orte der Leidenschaft sein oder, Ladies and Gentlemen - sie werden nichts sein!« Das in deutsch und englisch getextete Werk kostet 28 Euro und ist im Buchhandel (ISBN 978-3-940064-95-0) erhältlich.

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt über das **BürgerInnenbüro der LINKEN.Hamburg-Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg, Tel. 28 57 69 08**